HENSELMANN
BEITRÄGE ZU WOHNUNGSBAU UND STADTENTWICKLUNG IN BERLIN
1/2017

EDITORIAL

Fast schien es so, als ob die Stadtdebatte zur Berliner Mitte mit den im Sommer 2016 vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Bürgerleitlinien ihre Erledigung gefunden hätte (siehe www.parlament-berlin.de/ados/17/IIIPlen/vorgang/d17-2811.pdf). Viele fragten sich bereits, ob bzw. wann und wie es weitergeht. Nun hat der neue rot-rot-grüne Senat von Berlin die Fortführung und Neuausrichtung der Berliner Stadtdebatte beschlossen. Wir widmen daher unsere fünfte Ausgabe diesem Thema.

Die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen Katrin Lompscher (DIE LINKE) erläutert uns einleitend den neuen Senatsbeschluss. Klaus Brake und Stefan Richter kommentieren die angekündigte Neuausrichtung der Stadtdebatte. Was Katrin Lompscher andeutet: Die Neuaufteilung der Senatsressorts macht die Lösung zentraler Fragen der Berliner Mitte nicht einfacher. Wir wollen einige dieser Fragen jetzt schon diskutieren: Thomas Flierl und Theresa Keilhacker gehen der Frage nach, ob die Zentral- und Landesbibliothek in die Mitte der Stadt sollte. Der Architekt Peter Meyer würdigt die den Stadtinnenraum prägenden Raumkanten, die beiden Großwohneinheiten an der Rathaus- und an der Karl-Liebknecht-Straße. Gabi Dolff-Bonekämper setzt die beiden umstrittenen Projekte, die Rekonstruktion der Bauakademie Schinkels und die Errichtung des Freiheits- und Einheitsdenkmals („Wippe"), zueinander in Beziehung. Schließlich erörtert Markus Wollina die Verkehrsfrage am Beispiel der Spandauer Straße.

Der erweiterte Betrachtungsraum schafft Möglichkeiten, die Berliner Mitte stärker in ihrer Vernetzung mit der Umgebung und der Gesamtstadt zu diskutieren. Gleichzeitig geht es um Entscheidungen über die zukünftige Gestaltung. Wir bleiben dran!

Übrigens: Ab 2018 wird „Henselmann" mehr als einmal im Jahr erscheinen. Wir hoffen auf Ihr Interesse und Ihre Anregungen.

Thomas Flierl, Vorstandsvorsitzender der Hermann-Henselmann-Stiftung

KATRIN LOMPSCHER

NEUAUSRICHTUNG DER STADTDEBATTE

WIE GEHT ES WEITER IN DER BERLINER MITTE?

Es ist schon über ein Jahr her, als das Berliner Abgeordnetenhaus einstimmig die Bürgerleitlinien für die Berliner Mitte, d. h. den zentralen Stadtraum zwischen Alexanderplatz und Spree, beschloss. Für den Ende 2016 gebildeten rot-rot-grünen Senat lagen die Prioritäten im Bereich Stadtentwicklung aus guten Gründen zunächst anderswo: beim bezahlbaren Wohnen, bei öffentlichen Investitionen und bei der Bürgerbeteiligung generell. Dennoch will die Koalition den Dialogprozess fortsetzen und stärker die angrenzenden Bereiche einbeziehen. Benötigt wird eine nachhaltige Entwicklungsstrategie für die Berliner Mitte insgesamt. Geplant sind dafür vertiefende Untersuchungen und Konzepte zur Vorbereitung von Maßnahmen der Städtebauförderung, die Schaffung von Strukturen für den weiteren Planungs- und Umsetzungsprozess, eine Projekt- und Entwicklungspartnerschaft mit der Wohnungsbaugesellschaft Mitte sowie eine umfassende Partizipation. Die Fortführung und Neuausrichtung der Stadtdebatte Berliner Mitte hat dementsprechend drei Dimensionen: eine räumliche, eine thematische und eine strukturelle. Den Fahrplan dafür hat der Senat auf meinen Vorschlag hin im Sommer 2017 beschlossen.

Die räumliche Dimension

Bereits im Rahmen der ersten Stadtdebatte wurde deutlich, dass der Betrachtungsraum größer sein muss als das Areal zwischen Fernsehturm und Spree. In den Bürgerleitlinien wird zu Recht eine bessere Verknüpfung mit den angrenzenden Bereichen gefordert. Der in der künftigen Stadtdebatte thematisierte Raum umfasst nun weite Teile der Berliner Mitte (siehe Plan auf Seite 3).

Die thematische Dimension

Neben den Bürgerleitlinien hat das Abgeordnetenhaus seinerzeit auch die fachliche Vertiefung von sektoralen Themen beschlossen, und zwar zu Ökologie und Klima, Mobilität und Verkehr sowie zu Kultur, Denkmalen und kulturellem Erbe. Das heißt für den Senat mit seinem neuen Zuschnitt, dass die Weiterentwicklung der Berliner

Mitte ressortübergreifend vorangetrieben werden muss. Das muss kein Nachteil sein, erhöht aber den Koordinationsaufwand erheblich.
Beim Thema *Ökologie und Klima* geht es zunächst um die Erfassung und Bewertung der Schutzgüter mit dem Ziel der Qualifizierung und Attraktivitätssteigerung der öffentlichen Räume in der Berliner Mitte.
Das Thema *Mobilität und Verkehr* hat die räumliche Vernetzung der Stadtquartiere und öffentlichen Räume über die heutigen Verkehrsschneisen hinweg zum Ziel, und das vor dem Hintergrund der sich verändernden verkehrlichen Rahmenbedingungen nach Fertigstellung des Umfeldes Humboldt Forum und des Straßenumbaus am Klosterviertel und Molkenmarkt.
Im Rahmen des Themas *Kultur, Denkmale und kulturelles Erbe* sollen Bestandsgebäude sowie zukünftige Projekte auf den Erhalt und den Ausbau von kulturellen Angeboten und Arbeitsräumen für Kulturschaffende hin untersucht werden. Ebenso sollen Projekte zur Erlebbarkeit von Geschichte entwickelt, mögliche Grabungsschutzgebiete geprüft und Zeugnisse der jüngsten Stadtgeschichte bewahrt und erschlossen werden. Eine zentrale Rolle hat dabei die Realisierung von „Archäologischen Fenstern" und eines verbindenden archäologischen Pfades.
Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen hat das ergänzende Vertiefungsthema *Wohnen* vorgeschlagen. Bei dem angestrebten Erhalt und Ausbau des Angebotes an kostengünstigen Wohn- und Gewerberäumen in der Berliner Mitte wird die Wohnungsbaugesellschaft Mitte eine wichtige Partnerin sein. Bestands- und neubauorientierte Entwicklungsstrategien sollen beteiligungsorientiert mit den vorhandenen Nachbarschaften diskutiert werden. Räumliche Vertiefungsbereiche werden die städtebauliche Entwicklung des Klosterviertels und die Weiterentwicklung des Memhard-Blocks sein.
Als erstes sollen die Vertiefungsthemen Wohnen, Öffentlicher Raum/Grün und Geschichte und deren Vermittlung im öffentlichen Raum beteiligungsorientiert und mit konkreten Umsetzungsideen untersetzt werden. Konkret geht es um Bürgerwerkstätten für die „Satellitenplätze" am Alexanderplatz (zuerst vor dem Haus des Reisens und an der Markthalle), um die Suche nach temporären Gestaltungsideen für den Park zwischen Spree und Spandauer Straße sowie um die Etablierung eines Ortes für die Stadtdebatte. Das bereits im Aufbau befindliche *Standortmanagement* Berliner Mitte wird sich ergänzend dazu neben der Netzwerkbildung der Vor-Ort-Akteure um wirtschaftsdienliche, imagefördernde und touristische Maßnahmen kümmern.

Die strukturelle Dimension

Die *Stadtdebatte* wird als eingeführte und akzeptierte Plattform zur Mitwirkung, Information und zum Austausch der Bürger*innen sowie der Fachöffentlichkeit beibehalten. Hinzu kommen für alle Bürger*innen offene projektbezogene *Partizipationsformate.* Neu wird ein debattenbegleitender *Begleitkreis* sein, der sowohl institutionelle Vertreter*innen des bürgerschaftlichen Engagements, die Dialogbotschafter*innen der (abgeschlossenen) Stadtdebatte als auch ausgewählte Vertreter*innen der Fachöffentlichkeit angehören. Die politisch-strategische Steuerung erfolgt im Rahmen eines *Lenkungskreises* Berliner Mitte, in dem alle mit den sektoralen Vertiefungsthemen betroffenen Senatsverwaltungen, der Bezirk Mitte und Mitglieder des Abgeordnetenhauses vertreten sind. Die *Projektsteuerungsebene* Berliner Mitte erarbeitet die Inhalte der Beteiligungsformate, bereitet die Sitzungen des Lenkungskreises vor und begleitet die Umsetzung der Beschlüsse in den Beteiligungsprojekten. Die *Geschäftsstelle* Berliner Mitte organisiert die Zusammenkünfte des Lenkungskreises, der Projektsteuerungsebene und des Begleitkreises, sie berät bei der Konzipierung und Umsetzung der projektbezogenen Partizipation, kontrolliert die qualitative Umsetzung der Leitlinien und sorgt für Zusammenführung, Vermittlung und Transparenz.

Zeitlicher Rahmen

Schon vor dem Senatsbeschluss im Sommer 2017 hat die Arbeit begonnen, mit dem Haushalt 2018/19 werden weitere Ressourcen bereitstehen. Als erstes wird das Vor-Ort-Büro für das Standortmanagement eröffnen. Die Gestaltung der Satellitenplätze beginnt 2018. Archäologische Grabungen am Molkenmarkt sind 2018/19, der Spatenstich für das Archäologische Besucherzentrum am Petriplatz für Anfang 2019 geplant. Die Umsetzung von Vorschlägen des Ideenwettbewerbs zum Rathausforum soll 2019/20 starten. Natürlich wird die Berliner Mitte nie fertig, aber bis 2021 wollen wir sichtbare Veränderungen erreichen und damit zeigen, dass sich Beteiligung und Engagement lohnen.

Katrin Lompscher (DIE LINKE) ist seit Dezember 2016 Berliner Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen.

KLAUS BRAKE UND STEFAN RICHTER

AUS DEM DIALOG 2015 LERNEN!

Ende 2015 ist die Stadtdebatte Berliner Mitte „Alte Mitte – Neue Liebe?" abgeschlossen worden – nach einem guten dreiviertel Jahr Arbeit in vielfältigen Formaten mit Ideen und Empfehlungen. Die 10 Bürgerleitlinien beschreiben die Berliner Mitte als „offenen, öffentlichen und nicht-kommerziellen Ort. Geschichte, Kultur und Politik sollen hier erlebbar werden. Der Ort soll ökologisch nachhaltig sein, dem Stadtklima und der Erholung dienen, verkehrsberuhigt werden, das Spreeufer soll besser zugänglich und die Sichtbeziehungen erhalten werden. Die Berliner Mitte soll stetig in einem gemeinsam getragenen Prozess weiterentwickelt werden und flexibel für die Anforderungen von heute und morgen gestaltet sein."
Diese Ergebnisse sind vom Senat im März 2016 zur Umsetzung beschlossen und so vom Abgeordnetenhaus zur Kenntnis genommen worden. Darauf kann nun aufgebaut werden.
Inzwischen hat der Senat am 15. August 2017 eine „Neuausrichtung der Stadtdebatte Berliner Mitte" beschlossen. Damit soll der Dialog „in erweiterter Form fortgesetzt werden". Gemeint ist damit, dass die Gebietskulisse „Mitte" ausgeweitet wird wie auch die Kriterien zukünftiger Stadtqualitäten. Das war überfällig. Das vorgeschlagene Verfahren wirkt jedoch so, als habe es den Dialog 2015 nie gegeben; und auch nicht die deutliche Kritik, etwa am „Kuratorium Berliner Mitte" und an dessen Steuerung.

Bürgerschaftliche Mitverantwortung stärken, Verfahren zur Stadtdebatte neu entwickeln

Die Stadtdebatte hat bisher wichtige Standards der Bürgerbeteiligung vernachlässigt, die bei der Entscheidungsvorbereitung zu stadtpolitisch so wichtigen Vorhaben gelten müssen. Eine Folge sind einzelne Maßnahmen in der Berliner Mitte wie die Einheitswippe oder das Hochhaus auf der Fischerinsel, wo völlig losgelöst von der Stadtdebatte Fakten geschaffen werden bzw. geschaffen werden sollten. Das muss korrigiert werden.
Die jetzt vorgeschlagene Struktur mit einem „Lenkungskreis" und einem „Begleitkreis" wird dem nicht gerecht. Wenn man den „Lenkungskreis" einrichtet, wird deutlich, dass der „Begleitkreis" wirklich nur zur Begleitung dieses Verfahrens und nicht als ein verantwortliches Element des Verfahrens selbst betrachtet wird. Der „Lenkungskreis" nämlich ist es, dem die „politische strategische Steuerung" obliegt. Und er wird ausschließlich von der Seite der öffentlichen Hand besetzt ohne jede Beteiligung oder gar verantwortliche Mitwirkung von den Bürger*innen.
Das ist sogar ein Rückfall hinter die Praxis des bisherigen Dialogverfahrens. Wohlgemerkt: wir teilen überzeugt die Auffassung, dass das gesamte vorgesehene Verfahren lediglich der Entscheidungsvorbereitung dient. Auch die betroffenen Senatsverwaltungen, auch der Bezirk Mitte und auch die Mitglieder des Abgeordnetenhauses wirken in diesem Verfahren ja nicht entscheidungsbefugt mit. Die Entscheidungen fallen nach Verfassung und Recht ohnehin erst nach Abschluss dieser Entscheidungsvorbereitung.
An diesen Verantwortungen will unser Verfahrensvorschlag nicht rütteln. Wir wollen aber, dass im Vorbereitungsprozess neben der begrüßenswerten Mitwirkung von Senat, Bezirk Mitte und Abgeordnetenhaus auch die Bürgerschaft gleichberechtigt Verfahrensverantwortung übernimmt. Das wäre der notwendige nächste Schritt.
Es bedarf einer neuen Form der kooperativen Entscheidungsvorbereitung, an der Bürger*innen, fachlich ausgewählte Expert*innen und die Entscheidungsträger*innen aus Politik und Verwaltung gleichzeitig, kontinuierlich und absolut gleichberechtigt mitwirken. Es geht darum, das Wissen der ganzen Stadt für den Prozess zu nutzen und die unterschiedlichen Argumente sowie die beauftragten Fachbeiträge öffentlich abzu-

wägen. Damit kann dann auf einem hohen Niveau von Übereinstimmung agiert werden.
Erste Inhalte könnten neben der fachlichen Vertiefung auch die Identifizierung erster möglicher Umsetzungsschritte sein. Nichts darf nach Zuständigkeiten getrennt oder am „gültigen" Planungsprozess vorbei geplant oder gar umgesetzt werden, weder durch prinzipiell begrüßenswerte Bundeszuschüsse noch durch Aktivitäten wie das geplante Standortmanagement. Sowohl konzeptionelle Fragen als auch Schritte der Umsetzung können in Stufen bearbeitet werden. Dafür ist es erforderlich, dass die Akteure des kooperativen Prozesses gemeinsam einen konsistenten Stufenplan für die inhaltliche Klärung, die Entscheidung, die Planung und die praktische Umsetzung verabreden.

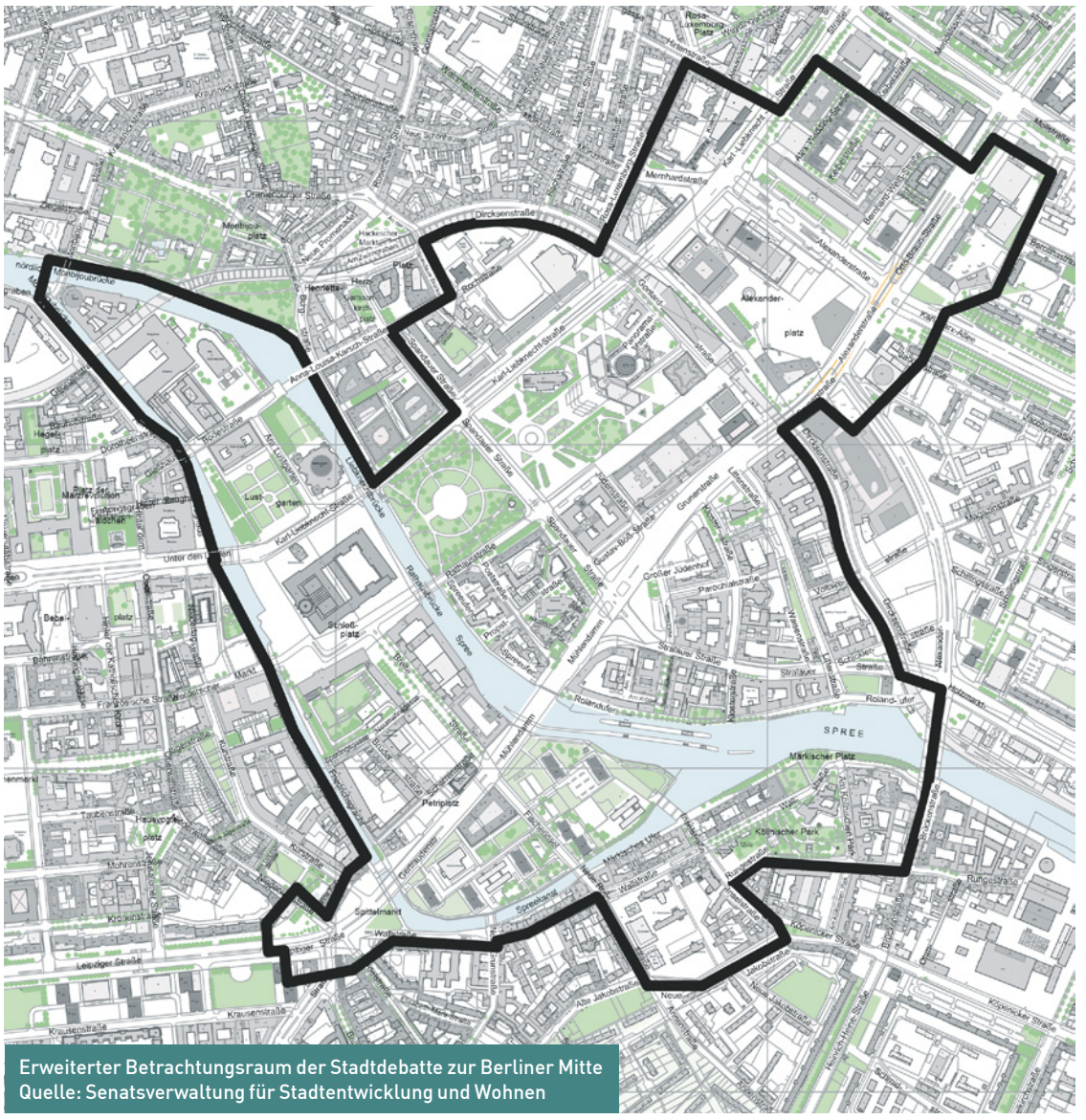
Bürgerleitlinien qualifizieren und umsetzen

Die Leitlinien sind in ihrer Zielrichtung klar. Sie müssen aber in leibhaftige stadträumliche Gestaltungen umgesetzt werden. Dafür sind sie noch zu wenig bildhaft und greifbar. Die Leitbilder müssen – auch im Hinblick auf einen Ideenwettbewerb – konkret dahingehend beschrieben werden, mit welchen Aktions- und Nutzungsformen sie verbunden sind und welche städtebaulichen Voraussetzungen sie brauchen. Das muss experimentell ausgelotet werden. Dafür sind uns zwei Leitbilder besonders bedeutsam:

Mitte als Ort der Demokratie (Leitlinie 3)

„Die Berliner Mitte ist mit dem Roten Rathaus ein wichtiger Ort der Demokratie und politischen Debatte. Hier findet Begegnung und Dialog zwischen Bürger*innen und Politik statt. Der Raum vor dem Roten Rathaus ist ein Versammlungsort, Platz für Kundgebungen und Demonstrationen, mit Informations- und Arbeits-Möglichkeiten bietet er Raum für Aktivitäten von Einzelpersonen und bürgerschaftlichen Initiativen."
Worum geht es? Um einen Ort der Kommunikation vor allem kommunaler Politik als Dialog bürgerschaftlicher Mitverantwortung auf „Augenhöhe" mit der Politik der Stadt. Dafür braucht es einen verabredeten Ort eben in der Mitte unserer Stadt.
Warum? Ideen für die Entwicklung und Gestaltung unserer Stadt entstehen aus den Alltagserfahrungen in der Stadt. Für entsprechende Initiativen soll es einen zentralen Ort geben, nämlich für das, was ganz Berlin betrifft – unabhängig von den diversen dezentralen Aktivitäten in den Bezirken bzw. Quartieren; vor allem einen Ort, an dem sich Initiativen bilden, sich formieren und von dem aus sie aktiv werden; wo man/frau Gleichgesinnte treffen, Erfahrungen anderer sammeln und Aktivitäten entfalten kann, und zwar – erst recht bei an sich vorherrschenden online-Aktionsformen – face-to-face.
Was müsste ein solcher Ort leisten können? Als Ort der Demokratie und der politischen Debatte muss es um einen arbeitsfähigen Ort gehen, denn Initiativen müssen sich ja auch artikulieren, ihre Programmatiken klären und Aktionen konkret vorbereiten. Vorstellbar wäre ein flexibles „StadtForum Berlin", gut vernetzt mit Informationstools über Berlin.
Wie muss der Raum konzipiert und gestaltet sein? Möglicher Bebauungsbedarf dafür oder auch partielle Überdachung kann in Randbereichen insbesondere vis-à-vis zum Roten Rathaus auch als Abschirmung zur Karl-Liebknecht-Straße Platz finden. Denkbar sind Terrassierungen oder eine Neigung der Fläche. Technische Infrastruktur (Licht, Ton) ist Bedingung für die öffentliche Nutzung. Die freie Fläche sollte durch hochwertige Materialien, anspruchsvolle Beleuchtung und Genauigkeit im Detail nach dem Vorbild europäischer Stadtplätze die Qualität zum Ausdruck bringen, die das Gemeinwesen für einen kostbar gestalteten öffentlichen Raum in seiner Mitte aufbringt.

Eine besondere Rolle bei der Grünplanung sollte das Marx-Engels-Forum einnehmen. Hier kann die Wirkung der Sammlungen des künftigen Humboldt Forums im Außenraum verstärkt und angereichert werden um die Pflanzenwelt außereuropäischer Kulturen in einem „Weltgarten". Dazu sind landschafts- und städteplanerische Grundideen zu entwickeln, die in Korrespondenz zu den Ausstellungen im Humboldt Forum treten. In der Nachbarschaft zum Rathaus, zur Marienkirche und zum Nikolaiviertel sollte es zugleich einen Stadtgarten als „Lehrgarten"



Erweiterter Betrachtungsraum der Stadtdebatte zur Berliner Mitte
Quelle: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

Mitte als Grünraum (Leitlinie 6)

„Die Berliner Mitte dient als ‚Grüne Oase' der Erholung, der Nachhaltigkeit und dem Stadtklima. Die Grünflächen werden erhalten, aufgewertet, ansprechend gestaltet und gepflegt."
Was bedeutet das konkret? Mit der 1647 begonnenen alleemäßigen Aufpflanzung der Straße Unter den Linden wird in Berlin eine Entwicklung initiiert, die – bis heute anhaltend – öffentliches Grün zum unverzichtbaren Erscheinungsbild der Stadt macht. Wie wohl in keiner anderen deutschen Großstadt sollte sich das städtische Grün zu einem auch die Mitte prägenden und identitätsstiftenden Merkmal entwickeln. Die Attraktivität der Hauptstadt ist weiterhin durch den Ausbau und die Pflege von schön gestaltetem und artenreichem vernetzten Freiraum, von Gärten und Parks zu steigern. Das dient den Bürger*innen in einer wachsenden, zunehmend verdichteten Metropole als Erholungsmöglichkeit und hat zahlreiche ökologische Funktionen (Stadtklima, Luftreinhaltung).

zum Stadtgrün geben, das Zentrum der Berliner Parklandschaft. Von hier aus kann anknüpfend an die Geschichte die Rolle des Stadtgrüns in Städten beleuchtet werden. Ein Geschichtsbezug ergibt sich an der Nordostecke des Schlosses, wo um 1600 der „Apothekergarten" entstand: Er könnte mit einheimischen Pflanzen intensiver gestaltet werden. Zu achten ist auf ein Gleichgewicht zwischen robusten Grünflächen und inhaltlicher Prägung (Weltgarten). Auch der freie Blick zum Himmel soll hier möglich sein.

Derartige Präzisierungen der Leitlinien dürfen nicht einseitig von der Politik bewertet und gesteuert werden. Sie müssen gemeinsam mit Politik und Bürger*innen vertieft und experimentell ausgelotet werden.

Prof. Dr. Klaus Brake ist emeritierter Professor für Stadt- und Regionalentwicklung und Beiratsmitglied der Hermann-Henselmann-Stiftung. Stefan Richter ist geschäftsführender Vorstand der Stiftung Zukunft Berlin.

THOMAS FLIERL

PRO: EIN ORT DES GEMEINWESENS IM GRÜNEN STADTINNENRAUM: BIBLIOTHEK!

GEHÖRT DIE ZENTRAL- & LANDESBIB IN DIE BERLINER

Mit Theresa Keilhacker gehe ich davon aus, dass der Bereich zwischen Alexanderplatz und Spree durch drei Bereiche gegliedert ist: 1. den Bereich um den Fernsehturm mit den gestalteten Freiflächen und den Wasserkaskaden sowie der Marienkirche im Norden, 2. den Bereich vor dem Berliner Rathaus mit dem Neptunbrunnen und 3. den Park an der Spree (das bisherige Marx-Engels-Forum). Das Rückgrat dieses zwischen Karl-Liebknecht-Straße und Rathausstraße gelegenen Zentrumsbandes bildet die freie Sichtachse zwischen Bahnhof Alexanderplatz, Fernsehturm, Neptunbrunnen und jenseits der Spree – dem Gebäude auf der Spreeinsel (früher dem Palast der Republik, heute dem Schlossneubau als Humboldt Forum mit seiner reanimierten Schlosskuppel).

Wenn ich also für eine ernsthafte Prüfung der Einordnung des Neubaus der Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) in diesen Stadtinnenraum plädiere, dann meine ich eine Lösung, die die innere Blickachse nicht beeinträchtigt. Hypothetisch könnte dies sowohl ein Baukörper entlang der Karl-Liebknecht-Straße sein, der die Lesesäle mit ihren beziehungsreichen Blicken in den Stadtinnenraum mit Marienkirche, Fernsehturm und Rathaus sowie nach Westen in die Straße Unter den Linden aufnehmen könnte und damit jene doppelte Orientierung böte, die einst das Foyer des Palastes der Republik auszeichnete. Die Magazine der Bibliothek sollten dagegen unterirdisch im Bereich der Platzanlage des früheren Marx-Engels-Denkmals angeordnet werden. So wie die Marienkirche würde auch die ZLB auf der Nord-Spur den grünen Stadtinnenraum gegen den Verkehrslärm der Karl-Liebknecht-Straße abschirmen und auf der dem Park zugewandten Seite attraktive öffentliche Nutzungen ermöglichen. Denkbar wäre aber auch, die Bibliothek gänzlich unterirdisch zu errichten und die Lesesäle zu einem oder mehreren Lichthöfen zu öffnen. Diese Frage sollte letztlich einem Architektur-Wettbewerb mit strikten städtebaulichen Vorgaben überlassen bleiben.

Natürlich sind die Einwände von Theresa Keilhacker nicht von der Hand zu weisen: es würde gebaut, d. h. es entstünde eine Baustelle und das Vorhaben würde in Landschaft und Natur eingreifen. Der Baugrund ist nicht einfach. Wir müssten uns also anstrengen – doch was könnten wir gewinnen!

Bereits die DDR wusste zwischen dem *Staatsforum* auf der Spreeinsel und dem Stadtforum im Zentrumsband zwischen Spree und Alexanderplatz am Roten Rathaus zu unterscheiden. Das ursprünglich anstelle des Wilhelminischen Nationaldenkmals vorgesehene Marx-Engels-Denkmal wurde lediglich in Ermangelung von Kapazitäten für den Bau einer Tiefgarage auf dem Marx-Engels-Platz, der so Parkplatz blieb, ins sogenannte Marx-Engels-Forum, das eher ein Hain als ein Forum wurde, versetzt. Mit seiner Aufstellung zwischen Palast der Republik und Fernsehturm wuchs dem Denkmal dann enorme symbolische Bedeutung zu. Das Denkmal sollte unbedingt als Ensemble, d. h. in sinnwahrender Aufstellung seiner Bestandteile, in diesem Park-Areal verbleiben, sicher nicht mehr in seiner ursprünglichen, das ganze Areal zentrierenden Form, aber doch möglichst in der Mittelachse, vielleicht mehr an das Ufer gerückt, als Teil einer Neugestaltung der Uferzone, möglicherweise im Park ergänzt durch weitere Denkmäler. Selbst bei Berücksichtigung des Planungsansatzes der Gestalter der Freiflächen (Prof. Hubert Matthes u. a.), die vom Fernsehturm aus planten, weil lange nicht feststand, was auf das Areal an der Spree kommen sollte, bedarf es also einer Neuinterpretation und Neugestaltung des grüngeprägten Bereiches zwischen Spandauer Straße und Spree. Die Wiederherstellung des „Marx-Engels-Forums" wird das wesentliche Defizit des Bereiches zwischen Spree und Alex nicht beheben können: diesem *Stadtforum* fehlt eine zentrale öffentliche Funktion.

Um den Blick auf Schloss Kronberg, UNESCO-Welterbestätte und Schauplatz von Shakespeares Hamlet, nicht zu verstellen, ragt das *Museet for Søfart* nur einen Meter aus dem Boden heraus / Foto: Iwan Baan

Bibliotheken sind heute mehr denn je Institutionen, die sich an die Einwohnerschaft einer Stadt wenden und die Präsenz der Bürger*innen an zentralen Orten durch alltägliche Nutzung induzieren. Sie sind Orte des Gemeinwesens sui generis, die Zentralbibliothek gehört ins Stadtzentrum, sie bildet Stadt! Hier können die Berliner*innen die Innenstadt als grüngeprägten Stadtinnenraum in der Spannung seiner historischen Monumente (Marienkirche, Rathaus, Fernsehturm, Humboldt Forum) erleben und durch ihre Nutzung dem Raum eine neue aktive Interpretation geben. Wissensaneignung souveräner Bürger*innen in der Bibliothek, Kontemplation und Erholung im Park an der Spree und an den Kaskaden, Protest und Feier vorm, Partizipation im Rathaus, Stadtdebatte unterm Fernsehturm – eingespannt zwischen Humboldt Forum und Alexanderplatz! Welche Hauptstadt hat eine solche Dichte öffentlicher Funktionen in einem grüngeprägten Stadtinnenraum? Die Bibliothek wäre das neuzeitliche Pendant zur Marienkirche als dem mittelalterlichen Ort des Gemeinwesens. Während die Bevölkerung des mittelalterlichen Berlins sich in der Marienkirche versammeln konnte, kann ganz Berlin ihre Bibliothek in der Mitte der Stadt nutzen und macht so mehr als jede andere Einrichtung deutlich: Das ist die Mitte der ganzen Stadt, die historische Mitte hat eine in die Zukunft gerichtete Funktion für uns alle! Die Bibliothek würde dem zentralen Bereich der Stadt jene funktionale Ergänzung geben, die er braucht, um sich gegen die Übermacht der musealen Staatsmitte auf der Spreeinsel und dem großstädtischem Alexanderplatz zu behaupten: als offene grüne Berliner Mitte, als Ort für alle, auch der Berliner*innen selbst, die sich im Zentrum nicht als Tourist*innen in der eigenen Stadt fühlen müssen, sondern als Nutzer*innen einer ihren begehrtesten öffentlichen Einrichtungen aufhalten!

Der Neubau der Zentral- und Landesbibliothek an der Amerika-Gedenk-Bibliothek würde natürlich ebenso einen Eingriff in Natur und Landschaft bedeuten und zudem ein wunderbares Baudenkmal erheblich beeinträchtigen. Die ZLB am Hauptbahnhof würde dagegen die Bibliothek zum Appendix einer Verkehrsanbindung machen und hätte nie die Kraft, gegen den gigantischen Hauptbahnhof und gegenüber dem Regierungsviertel im Spreebogen das städtische Gemeinwesen zu behaupten, es bliebe ein isolierter Ort.

Wir sollten die Chance des dringend erforderlichen Neubaus der ZLB nutzen, dem Stadtinnenraum zwischen Spree und Alexanderplatz eine neue gesamtstädtische Bedeutung zu geben!

THERESA KEILHACKER

KONTRA: DIE „GRÜNE OASE“ DES MARX-ENGELS-FORUMS ERHALTEN

LIOTHEK MITTE?

In der Zentrumsplanung der DDR 1968 wurde der Raum zwischen Alexanderplatz und Spreeinsel in einen Ort des Alltags, Handels und Verkehrs, einen Ort des politischen und gesellschaftlichen Großstadtlebens und einen repräsentativen Ort politischer Versammlungen gegliedert. Bis heute sind diese Bereiche erkennbar: Die Freifläche zwischen Fernsehturm und Spree wird von Menschen aller Art intensiv genutzt und wertgeschätzt. Die Stadtdebatte „Alte Mitte, neue Liebe?“ zur Berliner Mitte von 2015 bestätigte mehrheitlich, dass der Erhalt dieses öffentlichen und für alle zugänglichen, nicht kommerziellen sowie grüngeprägten Raumes so wichtig ist, dass dies in mehreren Bürgerleitlinien[1] eigens Erwähnung findet.

Zum Beispiel besagt Bürgerleitlinie 6: „Die Berliner Mitte dient als ‚Grüne Oase' der Erholung, der Nachhaltigkeit und dem Stadtklima. Der heutige Anteil an Grünflächen soll nicht verringert werden. Die Grünflächen werden aufgewertet, ansprechend gestaltet und gepflegt.“

Und die „Initiative Offene Mitte Berlin“ forderte daher[2]: *„Der Freiraum zwischen Fernsehturm und Spree muss als öffentliche Grün- und Freifläche erhalten und qualifiziert werden. Wettbewerbe, die eine Neugestaltung des Areals bzw. einzelner Teilräume vorsehen, können deshalb nur freiraumplanerische Wettbewerbe sein.“*

Das Berliner Abgeordnetenhaus bestätigte am 9. Juni 2016 fraktionsübergreifend die Bürgerleitlinien zur Zukunft des Areals zwischen Fernsehturm und Spree und erkannte damit auch formal die Ergebnisse des Dialogprozesses zur Berliner Mitte an. Eine Versiegelung und Bebauung der „Grünen Oase“ des Marx-Engels-Forums für eine neue Zentrale Landesbibliothek (ZLB) mit geschätzter Nutzfläche von ca. 50.000 m² wäre deshalb ein eklatanter Verstoß gegenüber dem Parlamentsbeschluss und dem vorausgegangenen umfangreichen Bürgerbeteiligungsprozess.

Für den U-Bahnbau der Linie U5 mussten bereits 2009 ca. 150 großgewachsene Bäume gefällt werden und das Marx-Engels-Denkmal an die nordwestliche Ecke des Forums umziehen. Acht Jahre später sind deshalb der Rückbau des Denkmals und Ersatzpflanzungen an Ort und Stelle zügig zu veranlassen und die Gartenanlage rund um das Marx-Engels-Denkmal als historisch, freiraumplanerisch und stadtklimatisch bedeutsamer Freiraum wiederherzustellen und aufzuwerten.

Ein ZLB-Neubau an dieser Stelle würde nicht nur wegen etwaiger Rückübertragungsansprüche und Gründungsproblemen sehr teuer und schwierig werden, er brächte weitere negative Folgen mit sich: Er würde zunächst auf Jahre eine neue Baustelleneinrichtung ähnlich der jetzigen U-Bahn-Baustelle erfordern. Der Bau würde eine Grundwasserabsenkung notwendig machen und brächte neue Versiegelungsflächen mit einer zusätzlichen dauerhaft erhöhten Verkehrsbelastung für dieses Gebiet. Der Bau würde die mit Bäumen dicht bestandene Grünfläche entlang der Karl-Liebknecht-Straße gegenüber dem intensiv bebauten Dom-Aquarée vernichten und die „Grüne Oase“ erheblich beeinträchtigen. Dieser Verlust an Grün wäre nicht nur schädlich für das Stadtklima, er würde den jetzigen wie den mit dem Humboldt Forum wachsenden Besucherströmen den dringend benötigten Freiraum wegnehmen und er würde ein irreparables städtebauliches Ungleichgewicht in den Raum bringen.

Bei der überdurchschnittlichen Geschossflächenzahl des Humboldt Forums, die keinem gemeinen Investor genehmigt worden wäre und die Millionen neuer Gäste anziehen wird, kommt dem grüngeprägten Freiraum sogar noch eine viel höhere Bedeutung als klimatisch wertvolle Ausgleichsfläche zu; möchten die vielen Museumsbesucher doch auch mal ein erholsames Verweilen auf einer Parkbank im Schatten von Bäumen genießen ohne zum Konsum in die Schlossarkaden getrieben zu werden. Nicht unerwähnt seien auch die großflächig zusammenhängenden Freiflächen zwischen Spree und Fernsehturm als Kompensation der B-Pläne rund um den Alexanderplatz.

Nicht zuletzt wäre eine Bebauung des Marx-Engels-Forums eine städtebauliche Fehlentscheidung: Die zur Spree hin abgesenkte Fläche lässt – so wie es auch die Bürgerleitlinien 8 („Nähe zum Wasser spürbar“, „Spreeufer wird für den Aufenthalt geöffnet“) und 9 („Sichtbeziehungen zwischen Fernsehturm und Spree … bleiben erhalten und werden weiterentwickelt“) fordern – eine optische Erlebbarkeit des Raumes vom Fernsehturm bis zu den Ufern des Flusses in seiner gesamten Breite zu, die von den Planern rund um den Landschaftsarchitekten Prof. Hubert Matthes ausdrücklich so gewollt war.

Gerade der überregionale städtebauliche Ansatz, bei dem sich der natürliche Wasserlauf der Spree mit einer künstlich geschaffenen Wasserachse (Wasserkaskaden am Fernsehturm, Neptunbrunnen, Spreetreppen) kreuzt, wurde von den Planern gegen manche politische Einflussnahme als starke Entwurfsidee durchgehalten und eine Sichtbeziehung zwischen Fernsehturmfreitreppe und Spree hergestellt.

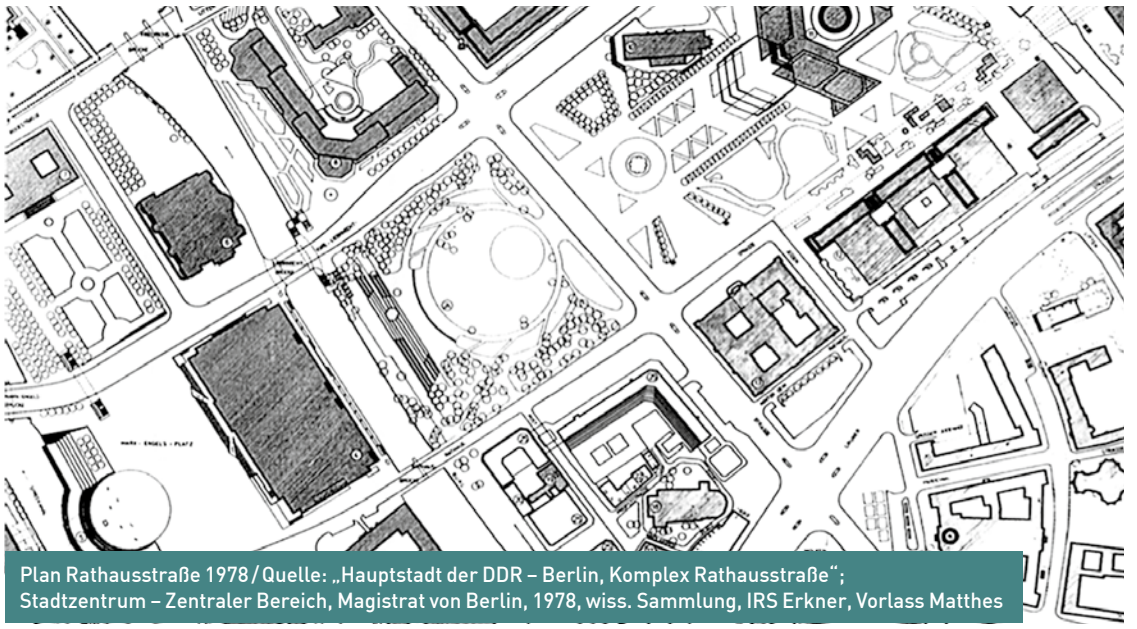
Insofern sind wir an diesem Ort auch dem baukünstlerischen Anspruch dieser Planergeneration verpflichtet, ihr Werk in die Jetztzeit und darüber hinaus zu retten; als Zeugnis einer ehrgeizigen Bauepoche, die heute unter dem Begriff „Nachkriegsmoderne“ in zahlreichen Publikationen gewürdigt wird. Ein „Anknabbern“ der dicht mit Bäumen bestandenen Ränder dieser einmaligen Gartenanlage wäre deshalb nicht nur ein Armutszeugnis für die Stadt und ihre Baugeschichte, sondern auch ein massiver Eingriff in eine über Jahrzehnte gewachsene Stadtnatur, die Berlin lebenswert macht und den wir uns für zukünftige Generationen nicht leisten können.

„Nach Ansicht vieler Fachleute weist der bestehende, großzügige Freiraum wichtige städtebauliche Qualitäten auf“, schrieb der „Rat für Stadtentwicklung Berlin“ bereits im April 2009 und präzisierte im Juni 2017, dass er das Marx-Engels-Forum als möglichen Standort für die ZLB ablehne, die Erweiterung der AGB (Amerika-Gedenkbibliothek) in Kreuzberg jedoch als geeignete Möglichkeit ansehe, auch wegen der sozialen Funktion für diesen Bezirk. Ebenso würde der Rat für Stadtentwicklung Berlin ein Areal in der Umgebung des Hauptbahnhofs gutheißen, insbesondere wegen der zentralen Lage und guten gesamtstädtischen Anbindung[3]. Bezirksstadtrat Gothe hatte diesen Standort zwischen Friedrich-List-Ufer und Humboldthafen bereits im November 2016 als Erweiterungsmöglichkeit der ZLB ins Gespräch gebracht, weil sich das Grundstück in Landesbesitz befindet.

Ursprünglich wollte sich die ZLB auf 4.000 Quadratmetern mit einer „Welt der Sprachen“ im Humboldt Forum präsentieren. Warum nun jetzt nicht schrittweise die AGB in Kreuzberg erweitern und gleichzeitig mit einem glanzvollen ZLB-Neubau einen sichtbaren kulturellen Eingang zum Europaviertel am Hauptbahnhof markieren?

Theresa Keilhacker ist Architektin und Mitglied im Rat für Stadtentwicklung Berlin.

1 Quelle siehe Editorial **2** Vgl. www.parlament-berlin.de/ados/17/StadtUm/protokoll/su17-076-wp.pdf 3 RfS-Sitzungsprotokolle 2009 und 2017: www.ratfuerstadtentwicklung.de



Plan Rathausstraße 1978 / Quelle: „Hauptstadt der DDR – Berlin, Komplex Rathausstraße“; Stadtzentrum – Zentraler Bereich, Magistrat von Berlin, 1978, wiss. Sammlung, IRS Erkner, Vorlass Matthes

Simulation des Einheitsdenkmals vor Bauakademie / Quelle: Milla & Partner

GABI DOLFF-BONEKÄMPER

MIT SCHAUKEL UND SCHINKEL GLÜCKLICH WERDEN

IDENTITÄTSKONSTRUKTIONSWETTKÄMPFE

Wer sich in diesen Tagen an den Debatten über die Mitte Berlins beteiligt, erlebt einen Identitätskonstruktionswettkampf, der die einstige Spaltung der Stadt und die langjährige Spaltung der Welt in geradezu idealtypischer Weise in die Gegenwart übersetzt. Ältere Politiker aus dem Osten wollen unbedingt ein Freiheits- und Einheitsdenkmal in Gestalt einer goldenen Wippe/Schaukel/Waage gebaut sehen, ohne auf die qualifizierte Kritik an diesem Entwurf einzugehen und haben dafür jetzt auch die Bundesmittel und die Unterstützung von zwei großen Volksparteien. Auf der anderen Seite des Spreekanals wollen seit 20 Jahren (inzwischen) ältere Architekten aus dem Westen in der Gegend, wo 1995/96 das Außenministerium der DDR abgerissen wurde, die 1962 abgerissene Bauakademie von Karl Friedrich Schinkel neu bauen, und haben dafür jetzt, nach eine langjährigen Durststrecke, ganz überraschend auch Bundesmittel, müssen aber nun erleben, dass das sprunghaft angestiegene öffentliche Interesse nicht nur Zustimmung, sondern auch Widerspruch erzeugt und Abweichungen von ihrem ureigensten Projekt nicht auszuschließen sind. Unterdessen bemühen sich drei Intendanten, zwei ältere und ein jüngerer, alle aus dem weiteren Westen, darum, im immer massiver werdenden neuen Barockschloss das Humboldt Forum als nahen Ort der Versöhnung mit fernen Welten zu erfinden. Auch hier fließen Bundesmittel. Alle drei Projekte betreffen und bewegen die Protagonisten, Befürworter wie Gegner, in ihrem Innersten, in ihrem Verhältnis zur Geschichte, zur Stadt, zum Staat und zu sich selber. Alles soll gut werden. Und alle drei Projekte sind räumlich, politisch und historisch eng miteinander verwoben.

Aufsteigen und absinken für Deutschland

Die Streiterinnen und Streiter, die im Herbst 1989 in den Städten der DDR auf die Straße gingen und mit ihrem Ruf „WIR sind das Volk“ der Staatsführung laut und öffentlich ihre Zustimmung entzogen und die Einheit von Führung und Volk im Sozialismus als ideologische Fiktion entlarvten, sollen mit einem Denkmal gewürdigt werden. Dagegen spricht nichts. Gegen die Form und die Botschaft des derzeit in Berlin geplanten Denkmals spricht allerdings sehr viel. Die goldschimmernde bewegbare Riesenschale auf dem historischen Denkmalsockel vor dem neuen Schloss ist eine ganz große Form, hat aber für sich genommen keine Bedeutung. Als freistehender, beidansichtiger Bühnenbau soll sie von „Bürgern in Bewegung“ begangen werden und so ihren Sinn erhalten. Aber auch die Bewegung der Besucher, die die Schale betreten und sich in Gruppen zusammentun könnten, um sie zu einseitiger Neigung zu bringen, bedeutet nichts über die bloße Bewegungserfahrung Hinausweisendes. Es ist nicht wichtig, ob man nach rechts aufsteigt und nach links absinkt oder umgekehrt, ob man dabei nach Osten blickt oder nach Westen. Es geht nicht um Richtungsentscheidungen, sondern nur um das Gemeinschaftserleben in der Bewegung, sagen die Denkmalstifter. Eine Form ohne eigene Bedeutung und an sich bedeutungslose Bewegungen – eine Denkmalanlage als Ort für spielerischen und heiteren Freizeitspaß: vielleicht ein bisschen zu locker und zu albern für ein deutsches Freiheits- und Einheitsdenkmal, aber, als programmatischer Pathosverzicht verstanden, beinahe sympathisch.

Wäre da nicht diese überdimensionierte Schrift! WIR SIND DAS VOLK. WIR SIND EIN VOLK. Die beiden Sätze, als Parolen laut gerufen, hatten im Herbst 1989 mobilisierende Schwungkraft und haben ohne Frage eine große historische Bedeutung. Die stark vergrößerten Buchstaben auf dem Denkmalentwurf machen indes den historisch-kritischen Sinn der Worte unkenntlich. Sie erscheinen dort wie eine heutige Aussage. Aber wer ruft da? Und wer bleibt stumm? Wer will heute „das Volk“ oder gar „ein Volk“ sein und wer wird sich als nicht zugehörig empfinden? Geht es um eine gesamtdeutsche Selbstaffirmation, jetzt mit parlamentarischer und sogar regierungsamtlicher Unterstützung oder ist das Denkmal eigentlich, mit derselben Unterstützung, nur für die Ostdeutschen, wie Wolfgang Thierse im Frühjahr in einem Zeitungsinterview sagte? Das wäre verständlich, denn sie waren es ja, die ihre Freiheit erkämpft und damit die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ermöglicht haben. Das Denkmal führt aber auch die Einheit im Namen. Die Deutsche Einheit in der Berliner Republik ist ein großes, bis heute unabgeschlossenes Projekt, an dem Westdeutsche und nach dem Ende der Teilung Geborene verantwortlich mitwirken. Die brauchen kein Denkmal, könnte man einwenden. Einverstanden!

Unsere Neue Bauakademie

Ein Blick nach Westen, vom zukünftigen Sockel des Freiheits- und Einheitsdenkmals zur anderen Seite des Spreekanals trifft derzeit auf eine denkbar unattraktive Stadtlandschaft. Steril wirkende Neubauten hinter der Bertelsmann-Vertretung, eine Baustelle vor der Friedrichwerderschen Kirche, deren östliche Flanke immerhin

noch zu sehen ist (nicht mehr lange!), Baucontainer vor der längst verblassten, bald zerfledderten Zeltattrappe der Bauakademie und in der Mitte, seltsam uferlos, der nach 1996 neu angelegte Schinkelplatz mit drei Standbildern und einem Springbrunnen. So soll es im Zentrum der Hauptstadt nicht aussehen, hier muss etwas geschehen! Und das wird es, denn der Haushaltsausschuss des Bundestages stellt jetzt, sofort, 62 Millionen für die Rekonstruktion der Bauakademie zur Verfügung!

Schinkels Bauakademie besitzt alle Tugenden, die man einem Werk der Baukunst nur zuschreiben kann: Modernität, Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit, konstruktive Evidenz, Herrschaftsferne, Laizität, Bürgerlichkeit, Bescheidenheit und, ganz ohne Frage: Schönheit. Sie entstand in einer Fortschrittszeit, vor den Irrungen und Wirrungen des Historismus und denen der Deutschen Reiche des 19. und 20. Jahrhunderts. Sie hat – das ist in Berlin erwähnenswert – eine durch und durch ehrenwerte Nutzungsgeschichte, nichts Böses ist dort je geschehen. Nur eines fehlt heute: das Bauwerk. Es wurde im Zuge der Hauptstadtplanung der DDR 1962 abgerissen, obwohl es, nach nur mäßigen Kriegsschäden, bereits im Rohbau wieder instandgesetzt war. Und selbst dies wirkt noch an der Wertsteigerung der derzeit nur gedachten Bauakademie mit, denn sie war, zu allem anderen, auch noch ein unschuldiges Opfer der DDR-Baupolitik. Sie kann, eben wegen ihrer Abwesenheit, geradezu unbeschränkt mit Werten aller Art beladen werden. Ihre Rekonstruktion oder besser: Ihr Neubau, da, wo sie war und so, wie sie war, erscheint geradezu als eine Art ästhetischer und moralischer Imperativ.

Über die Frage, wer warum wann untergegangene Baudenkmale wieder- oder neu beschaffen will, darf oder kann, ist viel gesagt und geschrieben worden. Mich interessiert an dieser Stelle eine scheinbare Nebensache: Warum ist unter den Architekten, die derzeit den Wiederaufbau der Bauakademie betreiben, kein älterer – und meines Wissens auch kein jüngerer – Architekt aus dem Osten? Lieben sie Schinkel etwa weniger als ihre westsozialisierten Kollegen?? Das kann nicht sein! Es gibt einen anderen Grund: Der Förderverein Bauakademie konstituierte sich 1994, genau in dem Jahr, in dem der Spreeinselwettbewerb zu Ende ging, der Standorte und Ideen für neue, bundesdeutsche Staatsbauten in Berlins Mitte erbringen sollte. Staatsratsgebäude, Palast der Republik und das Außenministerium der DDR hatten im Wettbewerb allesamt zur Disposition gestanden. Den ersten Preis hatte der Entwurf erhalten, der den gesamten Raum auf der Insel neu ordnete und das Zentrum mit einer einzigen ganz großen Form besetzte. Die DDR sollte, wie prominente Historiker aus dem Westen ankündigt hatten, bald nur noch eine Fußnote der Weltgeschichte sein. Ihre Bauten waren obsolet, für die Demokratie unbenutzbar, standen überdies falsch im Stadtraum und verdienten es nicht einmal, als historisch betrachtet zu werden.

Die Wettbewerbsentwürfe von 1994 wurden überraschend schnell beiseite gelegt. Aber die Beseitigung des Außenministeriums wurde nicht aufgeschoben, denn hier sollte ja in Kürze die Bauakademie wieder entstehen. Der Architekt des Ministeriumsbaus, Josef Kaiser, war 1991 bei einem Autounfall gestorben. Sein Bau galt als billige und banalisierte Imitation der damals ebenfalls wenig geschätzten Architektur der 1960er Jahre aus dem Westen. Es wird gern berichtet, dass der Abriss geradezu geräuschlos ablief. Das ist wohl wahr: Es gab damals (noch) keine öffentlichen Widerworte aus dem Osten – und bis heute keine öffentlichen Worte des Bedauerns aus dem Westen. Dass Architekten aus Ostberlin damals wenig motiviert waren und noch heute wenig motiviert sind, gemeinsam mit den Westberliner Bauakademiefreunden von damals den Aufbau der Bauakademie zu betreiben, wird so nicht auch noch verwundern.

Aber zurück zur Hauptfigur in diesem Drama: Es war nicht ganz richtig, zu sagen, dass es die Bauakademie nicht gibt, denn nicht nur sind Skulpturen, Baudekor, Türen und geborgene Bruchstücke eingelagert, sondern im Boden stecken höchstwahrscheinlich bauliche Reste, aufgehendes Mauerwerk und vor allem das Fundament. In einem ausführlichen Bericht hat Schinkels Baukondukteur geschildert, wie er die quadratische Baugrube in kleine Quadrate mit jeweils eigenen Spundwänden abteilte, um so Stück für Stück den sehr nassen, überdies noch von einem kleinen Strom durchflossenen Baugrund trockenzulegen, und erst dann die Kalksteinfundamente setzen konnte. Der modulare Aufbau der Spundwände wurde zur Basis der modularen Konstruktion des Hauses, die allseits gepriesen wird. Wie die Arbeiten ausgeführt wurden, wie der Untergrund, auf dem zuvor der Alte Packhof gestanden hatte, für den neuen Bau vorbereitet wurde, wie die Keller und die Kalksteinfundamente die Zeit überdauert haben, kann nun ermittelt werden. Da liegt also kostbares Forschungsgut im Boden. Eine sorgfältige archäologische und bauforscherische Untersuchung ist unabdingbar. Für eine Prospektion und erste Sondage, vorzugsweise an einer Ecke, wären wohl 2–3 Monate zu rechnen, für eine gründliche vollständige Untersuchung der Keller- und Fundamentanlage insgesamt wohl 1–2 Jahre. So die Einschätzung der Bauforscherin und Archäologin Elgin von Gaisberg, TU Berlin. Und damit wird es nicht getan sein. Die ggf. gefundenen unterirdisch erhaltenen Reste der Bauakademie werden ein kostbares historisches Gut sein, das als Bodendenkmal in situ zu erhalten sein wird. Nicht nur, weil das Denkmalschutzgesetz das fordert, sondern weil wir darin das einzige am Ort erhaltene authentisches Zeugnis der Schinkelzeit vor uns haben werden.

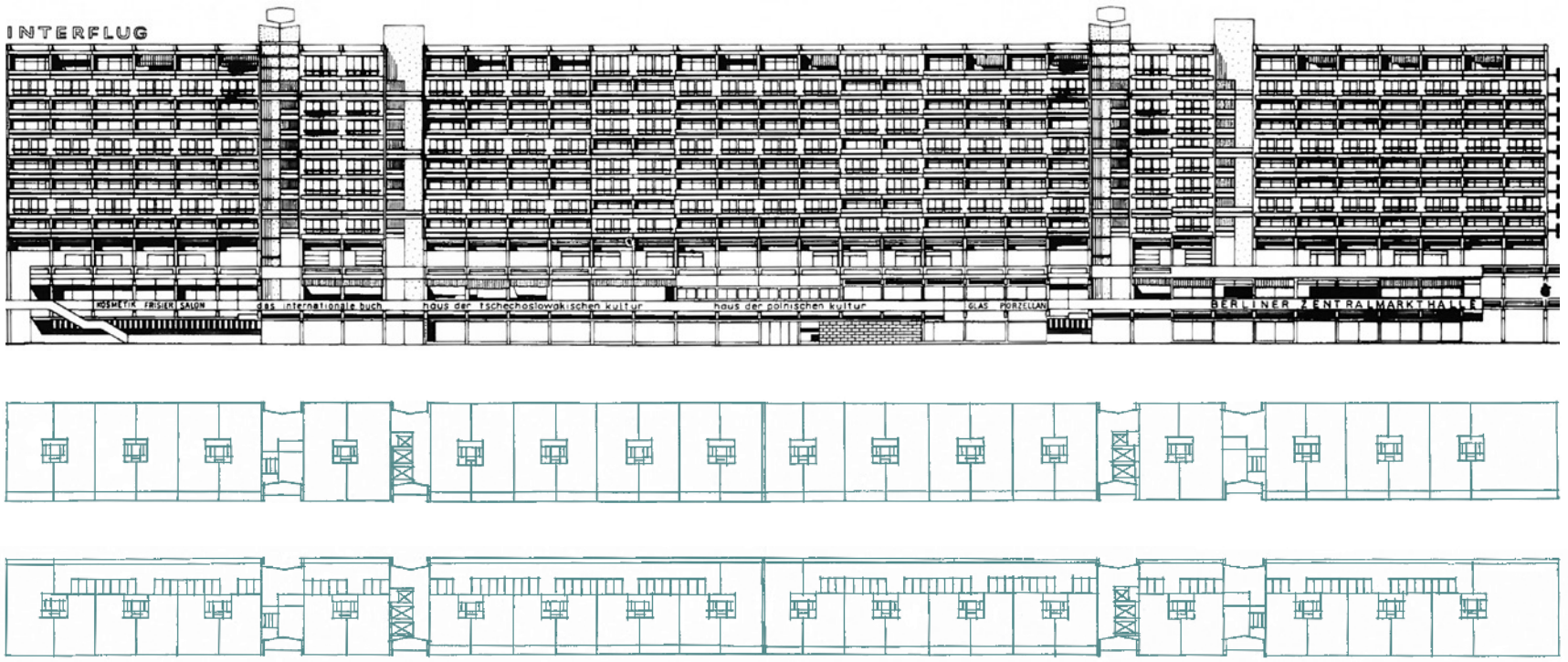
Wir und das Humboldt Forum

Blicken wir zurück über den Spreekanal zu dem barock bekleideten Massiv, das sich dort erhebt. Die Idee vom Humboldt Forum als Ort der historischen und heutigen Welterkundung hat uns vor Jahren gottlob von der inneren Leere des damals noch zu bauenden Schlosses befreit! Die Ankündigung, die Sammlungen außereuropäischer Kunst und Kultur aus den Museen in Dahlem dorthin, in die Mitte der Stadt zu holen, war eine ganz große rhetorische Geste. Hier sollte es einmal nicht um uns gehen, sondern um die anderen, um den Anderen, dem wir unsere Mitte öffneten. Aber es kam ganz anders. Die Geschichte der Sammlungen und der Sammler offenbarte bei genauerer Betrachtung deren enge Verknüpfung mit der Welteroberungsgeschichte im Kolonialzeitalter, an der das Deutsche Kaiserreich bis 1918 aktiv beteiligt war. Und nun stehen wir Deutschen doch wieder in der Mitte, als Erben eines ehemaligen Kolonialstaats, der Verbrechen zu verantworten hatte, von denen die meisten noch nie gehört haben. Das Humboldt Forum wird zusehends zu einem überaus aktuellen, brisanten Politikum. Im Plan für das Ausstellen des historischen offenbart sich das aktuelle Weltverhältnis seiner Erfinder, Kuratoren und Unterstützer. Und dessen Umstreitbarkeit. All das passt in keiner Weise zum festlich dekorierten barocken Neubau, weder zur Fassade, noch zum inneren Raumgefüge und wäre doch niemals geschehen, hätte man nicht, nach dem Beschluss, den Palast der Republik abzureißen und das Berliner Schloss neu zu bauen, händeringend nach einer zukünftigen Nutzung gesucht. Welch paradoxe Wende!

Hier geht es nicht um partikulare Selbstaffirmation. Es geht ums Ganze – Freiheit, Einheit, Schinkel, Humboldt, das Volk, die Nachkriegs- und Nachwendeverluste, Kolonialgeschichte, Globalisierung. Der Streitwert ist hoch, Konsense sind nicht leicht zu haben. Wenn ich jetzt eins der drei Projekte abwählen dürfte, das wäre das, ohne Zögern und Zweifeln, die goldene Wippe.

Der Text erschien bereits gekürzt in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 9. Mai 2017.

Prof. Dr. Gabi Dolff-Bonekämper ist Kunsthistorikerin und Expertin für Kulturerbefragen. Seit 2002 ist sie Professorin für Denkmalpflege an der TU Berlin.



Wohnkomplex Karl-Liebknecht-Straße
oben: Ansicht / Quelle: Projektiert – Gebaut – Bewohnt. Berlin 1967; darunter: Grundrisse: MGHS

PETER MEYER

GROSSSTADTHÄUSER

Im Rahmen einer Untersuchung über „Nachkriegssiedlungen im Bezirk Mitte von Berlin" haben das Architekturbüro Meyer Große Hebestreit Sommerer (MGHS) 2015 Wohnanlagen hinsichtlich ihres Schutzbedürfnisses und Entwicklungscharakters untersucht. Darin schlagen sie u. a. die Aufnahme der „Großstadthäuser" an der Rathaus- und Karl-Liebknecht-Straße in die Landesdenkmalliste vor. Der Baukomplex Rathausstraße wurde 1967–1973 (Städtebau: Näther, Schweizer; Hochbau: Graffunder, Köhler, Wenzel, Kuntzsch, Schmidt), der Baukomplex Karl-Liebknecht-Straße 1968–1973 (Städtebau: Näther, Schweizer; Hochbau: Schmiedel, Zumpe) errichtet. Thomas Flierl hat Peter Meyers Argumente notiert.

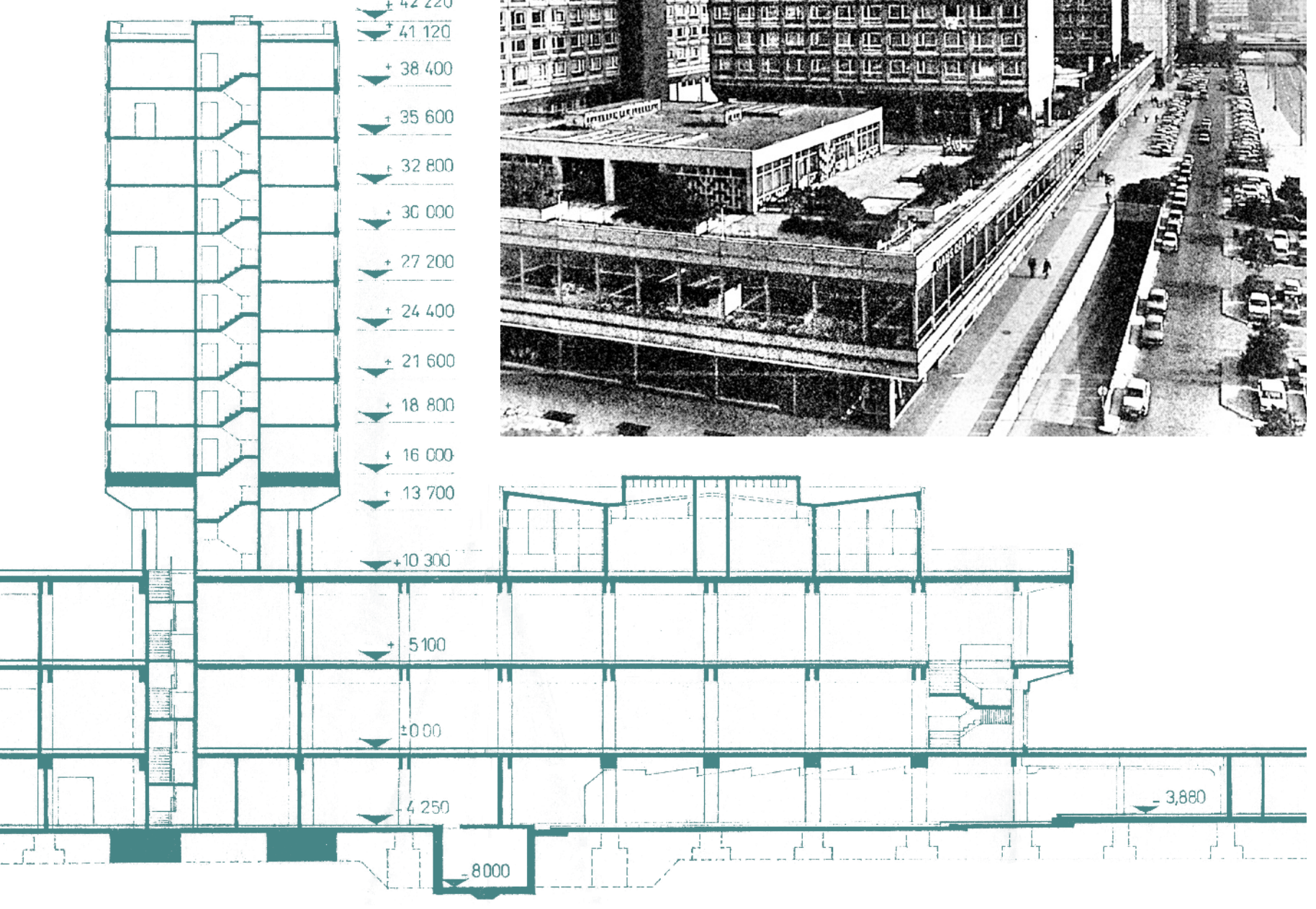
Der zentrale Bereich Berlins zwischen Spree und Alexanderplatz wird wesentlich durch die beiden prägnanten Raumkanten an der Rathaus- und an der Karl-Liebknecht-Straße geformt. Die Wohnhausbebauung auf beiden Seiten markiert den großzügigen fußläufigen Stadt-Innen-Raum, das Forum der Stadt, in dem die Menschen mit der Marienkirche, dem Berliner Rathaus und dem Fernsehturm als historischen Dokumenten in einen Dialog treten – demnächst auch mit dem Humboldt Forum und dem einen oder anderen neuen Hochhaus am Alexanderplatz.
Um sich den architektur- und städtebauhistorischen Stellenwert der beiden Großwohneinheiten bewusst zu machen, ist zunächst deren Baustruktur zu begreifen. Beides sind hochkomplexe Bauten: sie verfügen jeweils über eine unterirdische Anlieferung; das Erdgeschoss und zwei weitere Sockelgeschosse dienen öffentlichen Funktionen und erst darauf sind die Wohngeschosse angeordnet. Infolge der Unterlagerung der Wohnscheiben beginnen die Treppenhäuser erst oberhalb der Sockelzone. Die Bewohner erreichen die Treppenhäuser mit je zwei Wohnungen auf der Etage über innenliegende Verteilergänge auf jeder dritten Etage, in denen auch die Lifte halten. Die Besonderheit des Baukomplexes an der Rathausstraße ist die räumliche Tiefe der Unterlagerung, auf der hinter der Hauptwohnscheibe noch zwei weitere Wohn-Querflügel stehen. Früher befand sich hier ein raffiniertes Atriumsystem (Rathaus-Passagen). Als Besonderheit der Wohnscheibe an der Karl-Liebknecht-Straße ist die Dachgeschosszone mit ihren großen 5-Zimmer-Wohnungen zu erwähnen.
Die beiden Baukomplexe bringen unterschiedliche architektonische Haltungen zum Ausdruck. Während die Fassade an der Rathausstraße in einer durchaus aufwändigen Gestaltung der befensterten Außenwandplatten eine noble Abbildung des Innenlebens zeigt (das Haus hat keine Balkone oder Loggien), gingen die Architekten an der Karl-Liebknecht-Straße einen anderen Weg. Durch den Wechsel von offenen und verglasten Loggien kam Bewegung in die Architektur. Die angewandten gestalterischen Mittel zeigen, dass sich die Architekten ernsthaft mit dem Maisonette-Typ auseinandergesetzt haben. Die Architekten zeigen hier mehr, als sie in die Realität haben umsetzen können.
Dies erschließt sich allerdings nur, wenn der Kontext, in dem diese Bauten entstanden, berücksichtigt wird. In den 1960er Jahren fand eine Neuaneignung der modernen Architektur und die Ausbildung einer eigenen „sozialistischen Moderne" der DDR statt. Der Wohnungsbau stand im Mittelpunkt des Interesses, zentrale Themen dabei waren die Entwicklung neuer Wohnungsbauserien und die Debatte über die Großwohneinheit. Heft 10/1965 der Zeitschrift *Deutsche Architektur* gab einen ersten Überblick. Hans-Peter Schmiedel und Manfred Zumpe (die Architekten des Wohnkomplexes an der Karl-Liebknecht-Straße) entwickelten darin eigene Vorschläge. 1967 veröffentlichten Schmiedel und Zumpe ihr zweibändiges Standardwerk *Wohnhochhäuser*[1], das einen breiten Überblick über die internationale Entwicklung dieses Bautyps gab: vom Bauhaus, über die Kommune-Häuser der sowjetischen Avantgarde und Le Corbusier vor und nach dem Zweiten Weltkrieg bis zu den neueren Projekten in Großbritannien, USA, Frankreich, Schweden, der Bundesrepublik und der Interbau 1957 in West-Berlin. Soviel Weltoffenheit war damals in der DDR möglich! Und umgekehrt: Im westdeutschen Standardwerk von Gustav Hassenpflug und Paulhans Peters Punkt, *Scheibe und Hügel* (München 1966) wurden die Hochhausentwürfe von Schmiedel und Zumpe publiziert und positiv beurteilt! Beide hatten ein eigenes Erschließungssystem für den Maisonette-Typ entwickelt, dass stärker an die Wohnmaschine von Corbusier erinnert und anders als im Geschosswohnungsbau auf die Nebentreppenhäuser verzichtete.
Vor diesem Hintergrund müssen die Baukomplexe an der Rathaus- und der Karl-Liebknecht-Straße als Teil des modernen Aufbruchs in der DDR gedeutet werden, an der viele weitere Architekten[2] beteiligt waren. Neben der Entwicklung neuer Wohn- und Wohnungsformen stand dabei vor allem auch die Frage nach der urbanen Qualität von Wohnhäusern zur Debatte.
Vergleicht man unsere Wohnscheiben beiderseits des Fernsehturms mit parallel entstandenen Großwohneinheiten in West-Berlin, fällt auf, dass die westlichen Kollegen (Opernviertel an der Bismarckstraße von Georg Heinrichs mit Rolf Gutbrod und Hans Christian Müller, 1966–1970; Mehringplatz von Hans Scharoun und Werner Düttmann, 1968–1975; Pallasseum „Sozialpalast" von Jürgen Sawade, 1973–1976; Autobahnüberbauung an der Schlangenbader Straße von Georg Heinrichs, Gerhard und Klaus

1 Hans-Peter Schmiedel/Manfred Zumpe, *Wohnhochhäuser, Bd. 1 Punkthochhäuser* (Schmiedel), Bd. 2 Scheibenhäuser (Zumpe), Berlin 1967. Bereits 1961 erschien in Dresden Zumpes Dissertation *Maisonette-Wohnungen. Ein Beitrag zur Entwicklung neuer Wohnformen.* Vgl. auch Bruno Flierl, „Das Großwohnhaus als Wohneinheit und Strukturelement der Stadt", in: *Deutsche Architektur* 6/1962, S. 327-339; und Silvio Macetti, *Großwohneinheiten,* Berlin 1968. **2** Siehe die Beiträge von Wolfgang Radtke/Arno Knuth, Wilfried Staalknecht/Achim Felz/Herbert Kuschy, Silvio Macetti und Hermann Henselmann in *Deutsche Architektur* 10/1965.

Krebs, 1967–1981) zwar durchaus große Projekte verfolgten, aber nicht für den zentralen Bereich der Berliner Innenstadt.
Die Neugestaltung des Stadtzentrums Berlins als Hauptstadt der DDR gab die Chance für eine konsequente Entwicklung dieser neuen Großstadthäuser. Erst die Unterlagerung mit öffentlichen Funktionen ließ den Transfer der Wohnmaschine in die Stadtmitte zu. Dabei waren nicht nur einfach Geschäfte einzuordnen, sondern ebenso die bewohnernahen öffentlichen Dienstleistungen, wie Kindergärten, Ärzte und Stadtteilklubs.
So stehen die Wohnscheiben inmitten Berlins für eine große architektonische und städtebauliche Leistung. Der Fernsehturm, als „Turm der Signale" konzipiert und heute als Stadtzeichen für Berlin allgemein respektiert, hat ein Umfeld, das nicht weniger eine „Architektur der Signale" ausbildete – in Gestalt der zivilisierten Wohnscheiben, die den zentralen öffentlichen Raum Berlins prägen und funktionell bereichern!
Die DDR hat diesen Weg dann aus ökonomischer Schwäche nicht weiterverfolgt. Das eine Extrem bildete die Großwohneinheit an der Prager Straße in Dresden, die aber ohne soziale Infrastrukturunterlagerung blieb. Diese Wohnmaschine in der Stadt entsprach nicht dem Ideal des sozialistischen Wohnkomplexes. Sie ist übrigens heute in großartiger Weise instandgesetzt. Das andere Extrem waren die späteren Produkte des Massenwohnungsbaus, die nicht innenstadtverträglich waren. So entstand der Wohnungsneubau in den 1970er Jahren vorwiegend am Rande der Stadt. Und als man sich Ende der 1970er Jahre planerisch wieder der Innenstadt zuwandte, war die Vision eines modernen Großstadtlebens erschöpft. Als Wendepunkt muss das Nikolaiviertel gelten. Im Wettbewerb von 1979 setzte sich die Abkehr von der Moderne, setzten sich die neohistoristische Imitation und das Revival durch. Zu Recht wird jetzt daran gedacht, das Nikolaiviertel unter Denkmalschutz zu stellen, dokumentiert es doch diesen wichtigen zeitgeschichtlichen Bruch.
Nicht anders die beiden Großwohneinheiten an der Rathaus- und an der Karl-Liebknecht-Straße: sie sind einzigartige Projekte eines Aufbruchs, der nicht weiterverfolgt wurde. Es wäre unbedingt notwendig, auch diese Bauten unter Schutz zu stellen und mittelfristig die Verunstaltungen der Rathaus-Passagen zurückzubauen. Außerdem kann an diesen Bauten studiert werden, wie das heute wieder akute Berliner Wohnungsproblem auf großstädtische Weise gelöst werden könnte!
In der wachsenden Stadt lässt sich der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen allein mit privaten Investorenprojekten oder Baugruppen nicht decken. Was sollte der soziale Wohnungsbau prioritär verfolgen? Allein den sozialen Siedlungsbau der 70er Jahre wiederaufgreifen und traditionelle mittelschichtorientierte Projekte auflegen – oder nicht auch die Kraft zu neuen stadtverträglichen, komplexen Großwohneinheiten finden?!

Peter Meyer studierte von 1974–1979 Architektur an der TU Dresden und arbeitete 1979 bis 1990 im VEB Ingenieurhochbau Berlin, seitdem im Architekturbüro MGHS.

Wohnkomplex Rathausstraße
links: Schnitt / Quelle: WBM-Archiv; rechts: Ansicht von der Grunerstraße / Quelle: Berlin. Architektur von Pankow bis Köpenick, Berlin 1987



MARKUS WOLLINA

ZUR VERKEHRSPLANUNG IN DER BERLINER MITTE

Das jahrelange Fehlen eines integrierten Gesamtkonzepts für die Berliner Mitte zeigt sich auch an der Verkehrssituation: Spandauer Straße, Grunerstraße und Karl-Liebknecht-Straße zerschneiden das Gebiet zwischen Alexanderplatz und Spreeufer und sind nur an wenigen Ampelübergängen fußläufig überquerbar.
Der Wunsch, dies zu ändern, wurde auch in der breitangelegten Stadtdebatte „Alte Mitte – neue Liebe“ ausgedrückt, als deren Ergebnis im März 2016 durch den Senat ein Katalog von „Bürgerleitlinien für die Berliner Mitte“ beschlossen wurde. Die Leitlinie Nr. 7 lautet: „Die Berliner Mitte wird verkehrsberuhigt. Sie wird leiser. Auch wird sie zukünftig besser mit den umliegenden Stadtvierteln vernetzt.“ Als konkrete Maßnahmen wurden u. a. die Beruhigung der Karl-Liebknecht-Straße, die Beruhigung der Spandauer Straße bzw. ihre Schließung für den Individualverkehr sowie die bessere Vernetzung der Gebäude an der Karl-Liebknecht-Straße mit dem Gesamtraum genannt.

Stand der Planungen im Senat

Über den Stand der Realisierung dieser Maßnahmen soll im Folgenden, basierend auf aktuellen Informationen der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, ein Überblick gegeben werden.
Zur Karl-Liebknecht-Straße und der hier verlaufenden Straßenbahntrasse bestehen bislang noch keine Planungen. Die langfristige Funktion der Straße soll im Zuge der Gestaltung des städtebaulichen Umfelds geklärt werden.
Zur Straßenbahnverbindung zwischen Alexanderplatz und Kulturforum liegen bereits eine positive Wirtschaftlichkeitsbewertung und eine Vorplanung mit Stand 2013 vor. Geplant ist eine Anbindung an die bestehende Trasse bei der Haltestelle Alexanderplatz/Gontardstraße mit Streckenführung über Rathausstraße und Spandauer Straße zum Molkenmarkt, vom Mühlendamm bis zum Potsdamer Platz mit Endhaltestelle in Höhe der Varian-Fry-Straße. Zusätzlich soll in der Spandauer Straße zwischen Karl-Liebknecht-Straße und Rathausstraße eine Verbindungsstrecke zur Umfahrung im Falle von Sperrungen der Rathausstraße gebaut werden.
Da die geplante Trasse auch die Gertrauden- und die Mühlendammbrücke in Anspruch nimmt, werden diese statisch geprüft. Ein städtebauliches Gutachten ist bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen in Arbeit, um nach Abschluss der statischen Untersuchungen städtebauliche Handlungsoptionen darzustellen.
Die geplante Straßenbahnführung über die Spandauer Straße wirft Fragen auf, zumal die Verkehrsplanung bislang immer noch vom Erhalt des Kfz-Verkehrs ausgeht. Eine Trassenführung in Mittellage der Straße wie in der Karl-Liebknecht-Straße würde eine neue Barriere bilden. Für den Fall einer Sperrung der Rathausstraße sollte zudem eine Ausweichstrecke durch die Jüdenstraße geprüft werden. Zur Gesamtbetrachtung des Verkehrssystems im Gebiet sind umfangreiche Untersuchungen notwendig, um die Auswirkungen einer Funktionsänderung der Spandauer Straße abzuschätzen.
Für den Straßenzug Grunerstraße/Mühlendamm liegt bereits ein planfeststellungsersetzender Bebauungsplan vor, der eine vollständige Veränderung der Straßenführung sowie eine deutliche Verbesserung der Fuß- und Radverkehrsverbindungen zwischen Rathausstraße und Klosterviertel beinhaltet und voraussichtlich ab 2019 umgesetzt werden soll.
Für das Humboldt Forum schließlich wurde im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens ein Verkehrskonzept erstellt, das sich bereits in Umsetzung befindet. Bevor hieran Änderungen vorgenommen werden können, müssten deren Auswirkungen untersucht werden.

Wie viel Verkehr verträgt die Spandauer Straße? Foto: Markus Wollina

Anforderungen an die weitere Planung

Grundsätzlich kann also festgestellt werden, dass eine Realisierung der Ziele aus den Bürgerleitlinien mit den bestehenden Planungen durchaus vereinbar ist. Allerdings ist es wichtig, die Umsetzung der Bürgerleitlinien voranzutreiben, damit die in der „Stadtdebatte“ ausgedrückte breite Zustimmung der Bürger*innen zu einer offenen Berliner Mitte nicht in Enttäuschung umschlägt. Für die weitere Gestaltung der Verkehrswege sind daher folgende Maßnahmen nötig:
Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen sollte möglichst bald die Voraussetzungen für einen freiraumplanerischen Wettbewerb für den Bereich Rathausforum/Marx-Engels-Forum im Sinne der Bürgerleitlinien schaffen, insbesondere der Leitlinien 5 und 6 (Erhalt der Berliner Mitte als öffentlicher Raum und als „grüne Oase“). Damit wären die Grundlagen für eine Verkehrsplanung gelegt, die die Bewertung der Funktionen von Spandauer Straße und Karl-Liebknecht-Straße im Verkehrsnetz und die Identifikation möglicher Alternativen für den Durchgangsverkehr ermöglichen.
Dabei sollten ebenfalls Auswirkungen auf die Verkehrs- und Freiflächen um das Humboldt Forum bedacht werden, damit bei dessen Bau nicht Fakten geschaffen werden, die den Zielen der Bürgerleitlinien am Ende entgegenstehen. In Kooperation mit der BVG müssen die im Bau befindlichen U-Bahnstationen Rotes Rathaus und Museumsinsel in die Verkehrsgestaltung im Gebiet einbezogen werden.
Schließlich sollte umgehend die Kombination von U-Bahnhof und Straßenbahnhaltestelle vor dem Roten Rathaus in ihren gestalterischen Auswirkungen dargestellt und öffentlich diskutiert werden. In Bezug auf die Führung der Straßenbahntrassen sollte anknüpfend an das gelungene Beispiel der Straßenbahn auf dem Alexanderplatz darauf geachtet werden, dass die Rathausstraße ihren Charakter als Fußgängerzone behält und die Spandauer Straße diesen möglichst gewinnt.
Übergeordnetes Ziel der Verkehrsplanung muss sein, die Berliner Mitte soweit wie möglich vom motorisierten Durchgangsverkehr zu befreien und die Verkehrswege soweit zu beschränken, dass die Verbindungen des Rathausforums zum Marx-Engels-Forum und zur Karl-Liebknecht-Straße fußläufig erfahrbar werden. Damit würde dem Willen der Berliner*innen entsprochen, die sich in einem langdauernden Partizipationsprozess engagiert haben und zu dessen Umsetzung sich die im Senat vertretenen Parteien in ihrem Koalitionsvertrag bekannt haben.

Markus Wollina ist Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Städtebau- und Wohnungspolitik bei der LINKEN Berlin.

WOLFGANG KIL

DIE RÜCKKEHR DER „BÖSEN ALTEN“

SPONTANE FRAGEN BEIM LESEN DES BUCHES „WOHNUNGSFRAGE UND STADTENTWICKLUNG“

Harald Bodenschatz
Klaus Brake (Hg.)
100 Jahre Groß-Berlin/ Band 1: Wohnungsfrage und Stadtentwicklung
Edition Gegenstand und Raum
Lukas Verlag, Berlin 2017
224 S., Broschur, zahlr. Abb.
ISBN 978-3-86732-290-4
25 Euro

Parallel zu den jährlichen Kolloquien erscheint die Publikationsreihe „100 Jahre Groß-Berlin“

Als in der DDR sozialisierter Architekt war für mich Wohnungsmangel der gesellschaftliche Normalzustand. Eine Welt, in der Wohnungen ausreichend für alle zur Verfügung stehen, war mir nicht vorstellbar – es sei denn als träumerische Utopie. Mit dieser Prägung stand ich ziemlich verwirrt in den Gesamtberliner Stadtdebatten der 1990er Jahre, in denen es um alles Mögliche ging – Hauptstadt, Citybildung, Silhouettenformung, sogar um Abrisse zwecks Korrektur allzu modernistischer Planfiguren. Ums Wohnen ging es oft nur am Rande, und zwar buchstäblich: Erinnert sei an Hans Stimmanns Herzensprojekt der *Neuen Vorstädte.* Ansonsten war 1987 in Westberlin die Mietpreisbindung für Altbauten aufgehoben worden, was zwar nahezu eine Verdreifachung von Kreuzberger Mieten bewirkte, in der fürsorglich subventionierten Mauerstadt jedoch offenbar kein so gravierendes Problem bereitete, der daraus geborene Begriff „Yuppisierung“ klingt im Vergleich zum heutigen Drohbegriff „Gentrifikation“ noch geradezu niedlich.

Wohnungsleerstände und Stadtschrumpfung, die in metropolenferneren Regionen Ostdeutschlands ja tatsächlich völlig neue Planungsfragen aufwarfen, nahmen ab der Jahrtausendwende nicht nur meine Aufmerksamkeit gefangen. Dass die dahinter steckenden Anpassungsprobleme einer Gesellschaft im Epochenwandel nicht unterschiedslos für alle Orte eine Landes gelten, musste erst – *learning by doing* – begriffen werden. Klar war aber schon, dass Berlin, obwohl umringt von ostdeutschen Krisenregionen, eigentlich kein wirkliches Anrecht auf staatliche Finanzierung von Stadtumbaumaßnahmen hatte. Trotzdem wurden die munter in Anspruch genommen, etwa für die Beseitigung von ca. 4.500 Wohnungen samt 160 Kitas und Schulen allein in Hellersdorf-Marzahn.

Aber dann das *Déja vu:* DIE WOHNUNGSFRAGE war wieder da. Auf Schleichwegen war sie herangerobbt, eine Zeit lang getarnt hinter einem gigantischen Spekulationsschuldenberg, gegen den die großangelegte Privatisierung kommunaler Wohnungsbestände helfen sollte. Genauso verheerend schlugen steuerbegünstigende, also auf private Renditen hin gestrickte Sanierungsprogramme zu Buche, die sich letztlich als kräftige Antriebe einer Gentrifizierung herausstellten, die bis zum Bevölkerungsaustausch ganzer Stadtviertel reichte. Allerspätestens da hätten die Alarmglocken doch anschlagen müssen!

Kam also DIE WOHNUNGSFRAGE, diese „böse Alte“, wirklich aus heiterem Himmel? Oder ist Berlin nicht mit einer Entschiedenheit in die Wohnungskrise gesteuert worden, der nicht nur stadtstrategische Ideenarmut, sondern vor allem handfeste sozialpolitische Inkompetenz zu unterstellen ist?

Aus diesem grantigen Urteil erklärt sich mir das vorliegende Buch. Es ist zum Nachsitzen gedacht, als ein Grundkurs sozialer Stadtideen, wie sie gerade uns Berliner*innen als Schlüsselerfahrungen diverser Planergenerationen ins Stadtbild eingeschrieben sind: für Jedermann offen ersichtlich. Also eigentlich *Grundlagenkenntnisse.* Es spricht nicht sehr für eine Stadt, wenn sie eine solche Nachhilfefibel offenbar braucht.

Fragen drängen sich auf: Wie lange seit dem Goldrush der Gründerzeit hat uns DIE WOHNUNGSFRAGE eigentlich nicht verfolgt? Genau genommen weniger als 20 Jahre! Wie konnte trotzdem die Geißel Wohnungsnot derart folgenreich in Vergessenheit geraten – nicht nur unter Politiker*innen, sondern auch (schlimmer noch!) unter den für Wohnfragen zuständigen Expert*innen, also Planer*innen, Sozialwissenschaftler*innen, Historiker*innen?

Wie konnte in Berlin, wo jegliche Stadtdebatte in Ehrfurcht vor der allmächtigen *Stadthistorie* geführt wurde, ausgerechnet das ewige Grundanliegen jeglichen Stadt-Seins – nämlich den Menschen ein Dach über dem Kopf zu sichern – aus dem Blick geraten? Vielleicht, weil *Historismus* eher wenig mit *Geschichtsklugheit* zu tun hat?

Was könnte Berlin von auswärtigen Beispielen zu lernen? Soll uns zum Trost gereichen, dass auch London oder Paris mit ihren Resultaten eines erstaunlich sozial (sozialistisch?) ambitionierten Wiederaufbaus nach dem II. Weltkrieg nicht allzu pfleglich umgegangen sind? Besonders London bot ja mit Thatchers grässlichen Desozialisierungs-Programmen einen wahren Crashkurs in neoliberaler Deregulierung, und welche Verheerungen damit einer Stadtgesellschaft drohen…

Vergleicht man Berlin mit Metropolen weiter ostwärts, mag Ephraim Gothes Hinweis, bei uns sei nach 1990 „eine Diskreditierung der Großsiedlungen im komplexen Wohnungsbau nachhaltig vermieden worden“, für hiesige Mainstream-Medien sicher fraglich sein; in der Sache angebracht ist er allemal. Da lässt sich auf eine wohnungs- wie baupolitische Praxis verweisen, die – neben einem klug operierenden Stadtumbau – zu den wertvollsten Erfahrungspotenzialen zählt, die wir unseren ausländischen Partnern bieten können. Dringend immer wieder anbieten sollten!

Was ließe sich aber nun aus dem gründlich desavouierten Erbe einer sozialistischen Bauindustrialisierung ableiten für ein neuerlich aufkeimendes Interesse an Standard und Serie bei der Architekturproduktion? Leider bleiben entsprechende Referenzen, wie etwa die Schilderungen zu Moskau, im Buch nur kursorisch. Wie dort heute, und zwar auf der industriellen wie kulturellen Basis einer sowjetischen Vorgeschichte, ein schier unglaublicher stadtentwicklerischer Quantensprung bewerkstelligt wird (Zitat: „sozialistische Vollversorgung mit kapitalistischer Gewinnmaximierung“), sollte uns in Berlin durchaus interessieren. Allerdings würde dann auch für die monotone Massenkulisse der Chruschtschowki eine seriösere Analyse gebraucht, nicht bloß ideologisch verbrämte Distanzierung.

Schließlich, nach drei Jahrzehnten Redakteurserfahrung, eine letzte krittelnde Bemerkung: Für aufmunternde Schriften sind stimmige Bilder besonders wichtig. Wenn allerdings Großsiedlungen sich *„wie Braunkohlebagger in der Lausitz durch die Landschaft fräsen“,* gerät die dringend nötige Ankurbelung der Wohnungsproduktion in ein seltsames Licht…

Wolfgang Kil (Jg. 1948) studierte Architektur in Weimar, war Redakteur verschiedener Fachzeitschriften, darunter der Bauwelt. Schrieb mehrere Bücher und zahllose Fachbeiträge, erhielt u. a. den Kritikerpreis des BDA. Lebt in Berlin.

ABENDSALONS DER HERMANN-HENSELMANN-STIFTUNG ZUR STADTPOLITIK IN BERLIN

STEFAN THIMMEL

RÜCKBLICK: BERLINER STADTENTWICKLUNG UNTER ROT-ROT-GRÜN

Wie kann Berlin weniger attraktiver werden? Die Frage eines Diskussionsteilnehmers scheint nur auf den ersten Blick provokativ. Tatsächlich rühren nicht wenige der aktuellen Probleme aus der in den letzten Jahren deutlich gestiegenen Anziehungskraft der deutschen Hauptstadt. Katrin Lompscher, DIE LINKE, Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen und Antje Kapek, stadtentwicklungspolitische Sprecherin von Bündnis90/Die Grünen sowie Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen, SPD, die am 25.9.2017 zu einer von Thomas Flierl moderierten Diskussionsrunde über die Berliner Stadtentwicklung unter Rot-Rot-Grün zusammenkamen, wollen Berlin allerdings noch attraktiver machen. Aber mit viel Qualität und einer sozialen und nachhaltigen Stadtentwicklung. Dass es dabei viele Gemeinsamkeiten gibt, das wurde vor ca. 150 Zuhörer*innen beim 9. Abendsalon der Hermann-Henselmann-Stiftung im Münzenbergsaal am Franz-Mehring-Platz 1 deutlich. Finanzsenator Kollatz-Ahnen erinnerte daran, dass viele aktuelle Konzepte in der Stadtentwicklung und auch beim Wohnungsbau entwickelt wurden als die Stadt schrumpfte. „Das ist noch gar nicht so lange her", so der Senator. Sein Credo daher: „Wir werden nicht alles gleichzeitig machen können, aber wir müssen rascher werden und nicht lascher". Und trotz der drängenden Wohnungsnot und der Herausforderungen beim Wohnungsneubau, laut Katrin Lompscher sollen bis 2030 fast 200.000 Wohnungen neu gebaut werden, ist die Stadtentwicklung eine der wichtigsten Fragen. Antje Kapek vermisst dabei aktuell die „Pilotprojekte", die „Leuchtturmprojekte": „es gibt so viele verrückte Ideen, Berlin ist so kreativ". Zur Verwirklichung solcher Projekte braucht es aber auch das entsprechende Bauland. Und hier hat R2G laut Senatorin Lompscher schon große Erfolge erzielt: „80–90 Prozent weniger Fläche des Landes wird verkauft." An der Absprache zwischen Berlin und Brandenburg hapert es allerdings aktuell. Für Anita Tack, DIE LINKE, von 2009 bis 2014 Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg hat es „noch nie so eine schlechte Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg gegeben wie gerade jetzt". Einen Vorwurf, den die Vertreter*innen auf dem Podium so nicht stehen lassen wollten. Neue Mobilitätskonzepte werden derzeit erarbeitet, die kommunalen Nachbarschaftsräte werden professionalisiert und personell ausgestattet, die Zusammenarbeit Berlin-Brandenburg soll zukünftig besser gesteuert werden und vieles mehr. Maßnahmen, die zu einer für alle, nicht nur für wenige attraktiven Metropolenregion führen sollen.

CORDELIA POLINNA UND STEFAN THIMMEL

AUSBLICK: MEHR PARTIZIPATION IN BERLIN – NEUE QUALITÄT ODER BREMSKLOTZ?

Die Stadtentwicklung Berlins hat in den vergangenen Jahren deutlich an Dynamik gewonnen – aufgrund wachsender Bevölkerungszahlen, weil die Stadt stärker in den Fokus internationaler Immobilienunternehmen rückt, aber auch, weil sich die Bewohner*innen immer stärker dafür interessieren, wie sich ihre Quartiere verändern und wie sie sich an der Stadtentwicklung beteiligen können. Dass Partizipation in der räumlichen Planung an Bedeutung gewinnen soll, ist erklärtes Ziel der Regierungskoalition. Dafür werden aktuell u. a. Leitlinien zur Bürgerbeteiligung erarbeitet und in vielen aktuellen Bauvorhaben – etwa im geplanten neuen Stadtquartier „Blankenburger Süden" – spielt Beteiligung eine große Rolle.

Für viele stadtpolitische Initiativen setzt die Beteiligung jedoch zu spät ein, sie möchten früher mitwirken, nicht erst, wenn es kaum noch Handlungsspielraum gibt. Andere, etwa die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, befürchten, dass die Stadt zu lange auf neue bezahlbare Wohnungen warten muss, weil sich Planungsprozesse durch Beteiligung in die Länge ziehen. Wie kann das Zusammenspiel von Fachwissen, politischen und planerischen Rahmenbedingungen und der Beachtung der allgemeinen Erfahrungen und Wünsche der „betroffenen Bürger*innen" besser funktionieren? Steht Berlin vor einer Beteiligungsblockade? Oder müssen Politik und Verwaltung viel radikaler umdenken und zulassen, dass Partizipation in der Stadtentwicklung zu wirklicher Mitbestimmung wird?

Den Abendsalon moderiert Thomas Flierl, Vorstandsvorsitzender der Hermann-Henselmann-Stiftung.

IMPRESSUM
Henselmann 1/2017

Herausgeber: Hermann-Henselmann-Stiftung, Beatrice-Zweig-Straße 2, Max-Lingner-Haus, 13156 Berlin
www.hermann-henselmann-stiftung.de
V. i. S. d. P.: Dr. Andreas Henselmann
Redaktion: Dr. Thomas Flierl, Sarah Oßwald
Titelbild: Stadtmodell am Köllnischen Park, Foto: Theresa Keilhacker
Layout: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Druck: Eversfrank Berlin
Auflage: 31.000

Anmeldung zum Newsletter unter:
info@hermann-henselmann-stiftung.de

10. ABENDSALON

DER HERMANN HENSELMANN STIFTUNG ZUR STADTPOLITIK IN BERLIN

19. DEZEMBER 2017 · 19 UHR
MÜNZENBERGSAAL
FRANZ-MEHRING-PLATZ 1 · 10243 BERLIN

MEHR PARTIZIPATION IN BERLIN – NEUE QUALITÄT ODER BREMSKLOTZ?

Mit **Stefanie Frensch** (Geschäftsführerin der Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE, angefragt), **Ulf Heitmann** (Vorstand der Wohnungsbaugenossenschaft „Bremer Höhe" eG und Vertreter der „AG Junge Genossenschaften"), **Katrin Lompscher** (Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, DIE LINKE) und **Florian Schmidt** (Bezirksstadtrat für Bauen, Planen und Facility Management Friedrichshain-Kreuzberg, B'90/Die Grünen)